

# Abschrift

## Vorschlagsliste für die Wahl eines Verwaltungsrates

Ordnungsnummer: 2
Eingegangen am: 16.11.2022
(vom Wahlausschuss einzutragen)

Kennwort: ① Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V.

Listenvertreter/-in: ② Christian Amsinck, Am Schillertheater 2, 10625 Berlin,  
Tel. (030) 31005100

(Name, Vorname, Anschrift, Telefon)

Stellvertreter/-in: Alexander Schirp, Am Schillertheater 2, 10625 Berlin, Tel (030) 31005104

(Name, Vorname, Anschrift, Telefon)

Erklärung: ③ \_\_\_\_\_

An den  
Wahlausschuss  
der

AOK Nordost - Die Gesundheitskasse

(Bezeichnung der Krankenkasse)

in Brandenburger Straße 72, 15567 Potsdam

(Anschrift)

## Vorschlagsliste

Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. v.

(Bezeichnung des Listenträgers) ④

für die Wahl zum Verwaltungsrat der

AOK Nordost - Die Gesundheitskasse

(Bezeichnung der Krankenkasse)

## I. Vorschlagsliste bei Listenstellvertretung ⑤

Für die Gruppe der Versicherten/Arbeitgeber (*Nichtzutreffendes ist zu streichen*) werden vorgeschlagen als:

Mitglieder: ⑥

Lfd. Nummer	Name Vorname	Geburtsjahr	Wohnort	Voraussetzungen der Wählbarkeit ⑦
1	2	3	4	5
1	Kostetzko, Daniel	1972	Potsdam	Beauftragter einer Arbeitgebervereinigung
2	Peschers, Georg	1959	Berlin	Bevollmächtigter Betriebsleiter
3	Schmitz, Irmgard	1965	Dallgow-Döberitz	Gesetzl. Vertreterin des Arbeitgebers
4	Kohls, Claus	1962	Hennigsdorf	Bevollmächtigter Betriebsleiter
5	Scherf, Michael	1965	Berlin	Gesetzl. Vertreter des Arbeitgebers
6	Radke, Sylke	1968	Königs Wusterhausen	Beauftragte einer Arbeitgebervereinigung

Fortsetzung auf \_\_\_\_\_ 2 \_\_\_\_\_ Einlageblättern. ⑧

Stellvertreter/-innen: ⑨

Lfd. Nummer	Name Vorname	Geburtsjahr	Wohnort	Voraussetzungen der Wählbarkeit ⑦
1	2	3	4	5
1	Obstei, Beate	1969	Eisenhüttenstadt	Gesetzl. Vertreterin des Arbeitgebers
2	Richter, Hans-Walter	1962	Berlin	Bevollmächtigter Betriebsleiter
3	Köhn, Kathrin	1975	Schwerin	Beauftragte einer Arbeitgebervereinigung
4	Heise, Stefan	1963	Berlin	Arbeitgeber
5	Schmidt, Janine	1976	Lauchhammer	Gesetzl. Vertreterin des Arbeitgebers
6	Birkholz, Birger	1965	Rostock	Geschäftsführer

Fortsetzung auf \_\_\_\_\_ 2 \_\_\_\_\_ Einlageblättern. ⑧

Mitglieder: ⑥

Lfd. Nummer	Name Vorname	Geburtsjahr	Wohnort	Voraussetzungen der Wählbarkeit ⑦
1	2	3	4	5
7	Dr. Lakotta, Matthias Hagen	1972	Schwielow	Gesetzl. Vertreter des Arbeitgebers
8	Dr. Döring, Patricia	1970	Berlin	Beauftragte einer Arbeitgebervereinigung
9	Dr. Wagenmann, Susanne	1975	Berlin	Bevollmächtigte Betriebsleiterin
10	Schwill, Ursula	1965	Bad Belzig	Bevollmächtigte Betriebsleiterin
11	Schlüter, Jens	1977	Hamburg	Bevollmächtigter Betriebsleiter
12	Gross, Nicolas	1967	Berlin	Beauftragter einer Arbeitgebervereinigung

Fortsetzung auf \_\_\_\_\_ 1 \_\_\_\_\_ Einlageblättern. ⑧

Stellvertreter/-innen: ⑨

Lfd. Nummer	Name Vorname	Geburtsjahr	Wohnort	Voraussetzungen der Wählbarkeit ⑦
1	2	3	4	5
7	Gipp, Thomas	1968	Bad Doberan	Bevollmächtigter Betriebsleiter
8	Kelm, Diana	1960	Berlin	Gesetzl. Vertreterin des Arbeitgebers
9	Kahrs, Mathias	1965	Teltow	Beauftragter einer Arbeitgebervereinigung
10	Sawkin, Riccardo	1970	Zeuthen	Bevollmächtigter Betriebsleiter
11	Zabel, Dirk	1969	Neubrandenburg	Gesetzl. Vertreter des Arbeitgebers
12	Dr. Stier, Anke	1977	Berlin	Geschäftsführerin

Fortsetzung auf \_\_\_\_\_ 1 \_\_\_\_\_ Einlageblättern. ⑧

# Abschrift

Seite 2

Mitglieder: ⑥

Lfd. Nummer	Name Vorname	Geburtsjahr	Wohnort	Voraussetzungen der Wählbarkeit ⑦
1	2	3	4	5
13	Freier, Carola	1964	Mühl Rosin OT Bölkow	Geschäftsführerin
14	Stolz, Günter J.	1958	Carpin	Gesetzl. Vertreter des Arbeitgebers
15	Müller, Sven	1965	Buchholz	Beauftragter einer Arbeitgebervereinigung

Fortsetzung auf \_\_\_\_\_ 2 \_\_\_\_\_ Einlageblättern. ⑧

Stellvertreter/-innen: ⑨

Lfd. Nummer	Name Vorname	Geburtsjahr	Wohnort	Voraussetzungen der Wählbarkeit ⑦
1	2	3	4	5
13	Pigulla, Joachim	1966	Berlin	Bevollmächtigter Betriebsleiter
14	Rösler, Juliane	1989	Berlin	Bevollmächtigte Betriebsleiterin
15	Gau, Andrea	1975	Borkheide	Beauftragte einer Arbeitgebervereinigung

Fortsetzung auf \_\_\_\_\_ 0 \_\_\_\_\_ Einlageblättern. ⑧

## II. Vorschlagsliste bei persönlicher Stellvertretung

Für die Gruppe der Versicherten/Arbeitgeber/Mitglieder (und Stellvertreter/-innen) (6) (8) werden vorgeschlagen als:

Lfd. Nummer Mitglied a) 1. Stellvertreter/-in b) 2. Stellvertreter/-in	Name Vorname	Geburtstag	Anschrift	Voraussetzungen der Wählbarkeit (7)
1	2	3	4	5
1				
1a				
1b				
2				
2a				
2b				
3				
3a				
3b				
4				
4a				
4b				
5				
5a				
5b				

Fortsetzung auf \_\_\_\_\_ Einlageblättern. (8)

Die Liste umfasst insgesamt \_\_\_\_\_ Blätter. (8) Erklärungen der Bewerber/-innen, dass sie ihrer Aufstellung zustimmen, sind beigelegt.

Des Weiteren sind beigelegt: (10) (11) (12) \_\_\_\_\_

Es wird ausdrücklich bestätigt, dass die Voraussetzungen der Wählbarkeit aller Bewerber/-innen geprüft worden sind, und zwar, soweit erforderlich, anhand von Unterlagen. Die Prüfung hat ergeben, dass die Voraussetzungen der Wählbarkeit bei jeder Bewerberin/jedem Bewerber vorliegen.

\_\_\_\_\_, den \_\_\_\_\_

(Unterschriften der zur Vertretung der Personenvereinigung  
oder des Verbandes berechtigten Personen;  
bei freien Listen Unterschriften der Listenvertreterin/des Listenvertreters  
und dessen/deren auf Seite 1 genannten Stellvertreter/-in)

## Anmerkungen:

- ① Als Kennwort ist bei Vorschlagslisten von Personenvereinigungen oder Verbänden, die nach § 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 oder Satz 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch vorschlagsberechtigt sind, der Name der Personenvereinigung oder des Verbandes einzusetzen; der Name und die Kurzbezeichnung der Vereinigung ist in der Form zu verwenden, wie er sich bei eingetragenen Vereinen aus dem Vereinsregister, sonst aus der Satzung ergibt. Bei freien Listen (§ 48 Absatz 1 Satz 1 Nummer 4 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch) ist der Familienname einer Listenunterzeichnerin/eines Listenunterzeichners einzusetzen. Es können auch die Namen mehrerer Personenvereinigungen oder Verbände und bei freien Listen auch die Familiennamen mehrerer Listenunterzeichner/-innen eingesetzt werden, insgesamt jedoch nicht mehr als fünf Familiennamen. Zulässig ist ausschließlich ein Zusatz an nachfolgender Stelle, der die Bezeichnung des Versicherungsträgers oder einen den Versicherungsträger kennzeichnenden Teil dieser Bezeichnung enthält; sonstige Zusätze sind unzulässig. Bei freien Listen kann dem oder den Familiennamen außerdem der Zusatz „Freie Liste“ vorangestellt werden. Bei einer Vorschlagsliste von mehreren Personenvereinigungen oder Verbänden soll statt einer oder mehrerer ihrer Namen möglichst ein die Personenvereinigungen oder Verbände gemeinsam bezeichnendes Kennwort eingesetzt werden. Ein unzulässiges Kennwort wird vom Wahlausschuss von Amts wegen durch ein zulässiges Kennwort ersetzt.
  - ② In den Vorschlagslisten von Personenvereinigungen oder Verbänden sind ein/-e Listenvertreter/-in und dessen/deren Stellvertreter/-in zu benennen (§ 16 Absatz 1 Satz 1 der Wahlordnung für die Sozialversicherung).  
  
In freien Listen sollen ein/-e Listenvertreter/-in und dessen/deren Stellvertreter/-in benannt werden; soweit dies nicht geschieht oder eine benannte Person ausscheidet, gelten die Unterzeichner/-innen der Listen in der Reihenfolge ihrer Unterschriften als Listenvertreter/-in und dessen/deren Stellvertreter/-in (§ 16 Absatz 2 der Wahlordnung für die Sozialversicherung).
  - ③ Sollen Listenvertreter/-innen Erklärungen nur gemeinsam mit ihren Stellvertretern/Stellvertreterinnen abgeben können (§ 17 Absatz 1 Satz 5 der Wahlordnung für die Sozialversicherung), ist hier einzusetzen: „Der/Die Listenvertreter/-in kann Erklärungen nur gemeinsam mit dessen/deren Stellvertreter/-in abgeben.“.
  - ④ Als Listenträger (§ 60 Absatz 1 Satz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch) ist die Stelle zu bezeichnen, die die Listen einreicht (Name der Personenvereinigung oder des Verbandes; bei freien Listen ist das Kennwort einzusetzen). Wird die Liste von mehreren Personenvereinigungen oder Verbänden eingereicht, sind deren Namen einzusetzen.
  - ⑤ Die Vorschlagslisten zu I. oder II. sind alternativ auszufüllen. Die jeweils nicht genutzte Vorschlagsliste ist zu streichen.
  - ⑥ Zu beachten ist § 48 Absatz 6 Satz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch; danach dürfen die Vorschlagslisten als Mitglieder der Selbstverwaltungsorgane und deren Stellvertreter/-innen von jeweils drei Personen nur eine/-n Beauftragte/-n enthalten. Außerdem ist § 48 Absatz 9 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch zu beachten; danach haben Vorschlagslisten jeweils mindestens 40 Prozent weibliche und 40 Prozent männliche Bewerber zu enthalten.
  - ⑦ Angabe der im Einzelfall vorliegenden Voraussetzung, zum Beispiel Versicherte/-r, Arbeitgeber, Beauftragter einer Gewerkschaft, einer sonstigen Arbeitnehmervereinigung, einer Vereinigung von Arbeitgebern oder eines Verbandes. Ergänzend siehe § 51 Absatz 4 Satz 1 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch.
  - ⑧ Bitte Zahlen einsetzen.
  - ⑨ Die Reihenfolge der Stellvertreter/-innen ist so festzulegen, dass erst jeder/jede dritte Stellvertreter/-in zu den Beauftragten gehört (§ 48 Absatz 6 Satz 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch). Als Stellvertreter/-innen können auch Personen benannt werden, die bereits als Mitglieder vorgeschlagen worden sind; die Benennung erlangt nur Bedeutung, wenn diese Personen nicht als Mitglieder gewählt werden. Zu beachten ist § 43 Absatz 2 Satz 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch. Danach ist für ein verhindertes Mitglied stets der/die erste der benannten Stellvertreter/-innen zu laden, der/die verfügbar, das heißt selbst nicht verhindert ist. Außerdem ist § 48 Absatz 9 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch zu beachten; danach haben Vorschlagslisten jeweils mindestens 40 Prozent weibliche Bewerberinnen und 40 Prozent männliche Bewerber zu enthalten.
  - ⑩ Die Vorschlagsberechtigung eines Verbandes (§ 48 Absatz 1 Satz 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch) liegt vor, wenn alle oder mindestens drei der vorschlagsberechtigten Mitgliedsorganisationen bis zum Ende der Einreichungsfrist eigene Vorschlagslisten nicht eingereicht haben.  
  
Bei Vorschlagslisten von Vereinigungen, deren Vertreter/-innen in dem Verwaltungsrat nicht auf einer eigenen Liste der Vereinigung gewählt worden sind, ist § 15 Absatz 4 Satz 3 der Wahlordnung für die Sozialversicherung zu beachten.
  - ⑪ Den Vorschlagslisten, die nach § 48 Absatz 2 bis 5 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch von einer Mindestzahl von Wahlberechtigten unterzeichnet sein müssen, können, um Zweifel auszuschließen, Erklärungen der Listenvertreterin/des Listenvertreters über die Voraussetzungen der Wahlberechtigung der Listenunterzeichner/-innen nach dem Muster der Anlage 6 zur Wahlordnung für die Sozialversicherung beigelegt werden.  
  
Die erforderlichen Unterstützungsunterschriften sind nach dem Muster der Anlage 3 der Wahlordnung für die Sozialversicherung beizufügen.
  - ⑫ Den Vorschlagslisten sind die nach § 48 Absatz 8 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch in Verbindung mit § 15 Absatz 4a der Wahlordnung für die Sozialversicherung erforderlichen Niederschriften beizufügen.
- Alle Angaben sind in Maschinenschrift oder in anderer gut leserlicher Schrift (vorzugsweise Druckbuchstaben) einzusetzen. Unterschriften sind eigenhändig zu leisten.

**Niederschrift über das Aufstellungsverfahren der Vorschlagsliste  
Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V.  
für die Wahl der Arbeitgebervertreter/\*innen im Verwaltungsrat der AOK  
Nordost - Die Gesundheitskasse**

Die Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V. (UVB) ist die Spitzenorganisation der Wirtschaft in Berlin und Brandenburg und Listenführerin für die Sozialwahlen bei den regionalen Sozialversicherungsträgern. Der UVB gehören 53 Arbeitgeberverbände, Wirtschaftsverbände und Innungen an.

Für die Aufstellung der Vorschlagsliste der Vereinigung der Unternehmensverbände in Berlin und Brandenburg e. V. für den Verwaltungsrat der AOK Nordost - Die Gesundheitskasse war bei der UVB der stellvertretende Hauptgeschäftsführer, Herr Alexander Schirp zuständig.

Seit der Fusion der vormaligen AOK Berlin-Brandenburg mit der vormaligen AOK Mecklenburg-Vorpommern hat der Verwaltungsrat der AOK Nordost aufgrund entsprechender Vereinbarungen der damaligen Fusionsparteien auf Arbeitgeberseite elf Mitglieder aus der Region Berlin-Brandenburg und vier Mitglieder aus Mecklenburg-Vorpommern. Bei den stellvertretenden Mitgliedern gilt dasselbe.

Herr Schirp hat die Geschäftsführungen der Mitgliedsverbände der UVB in einer Sitzung des Beirats der UVB am 16. Februar 2022 über die anstehenden Sozialwahlen, das Wahlverfahren und die Wählbarkeitsvoraussetzungen von Vertretern der Arbeitgeberseite im Verwaltungsrat informiert. Weiter hat Herr Schirp in dieser Sitzung darum gebeten, bis zum 30. Juni 2022 aus dem Kreis der Mitgliedsverbände Vorschläge zu unterbreiten, wobei Herr Schirp insbesondere um Benennung von weiblichen Kandidatinnen gebeten hat. Herr Schirp erläuterte in der Sitzung, dass es Aufgabe und Ziel der UVB sei, die in der Region vertretenen Wirtschaftsbereiche Industrie, Dienstleistung, Handwerk und öffentlicher Dienst über einem ausgewogenen Verhältnis im Verwaltungsrat abzubilden.

Ebenfalls im Februar 2022 hat Herr Schirp die Geschäftsführerin des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Berlin, Frau Dr. Stier, und die stellvertretende Hauptgeschäftsführerin des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Brandenburg, Frau Gutstein, gebeten, Kandidaten für die Wahl des Verwaltungsrates bei der AOK Nordost bis zum 30. Juni 2022 vorzuschlagen. Diese Bitte erfolgte jeweils telefonisch. Die kommunalen Arbeitgeberverbände von Berlin und von Brandenburg sind nicht Mitglied der UVB, so dass eine gesonderte Ansprache erfolgen musste, um die Vertretung von Arbeitgebervertretern des öffentlichen Dienstes im Verwaltungsrat sicherzustellen.


Ebenfalls im Februar 2022 hat Herr Schirp den Geschäftsführer bei der Vereinigung der Unternehmensverbände Mecklenburg-Vorpommern, Herrn Wonneberger, gebeten, bis zum 30. Juni 2022 Kandidatinnen und Kandidaten für vier ordentliche und vier stellvertretende Sitze im Verwaltungsrat zu benennen.

Nachdem bis zum 30. Juni 2022 noch nicht genügend Kandidatinnen und Kandidaten gefunden waren, hat Herr Schirp von Anfang Juli bis Ende Oktober 2022 in zahlreichen Telefonaten und Mailverkehren mit den Vertretern der vorschlagenden Verbände darauf hingewirkt, dass so viele Kandidatinnen und Kandidaten benannt werden, wie ordentliche und stellvertretende Sitze im Verwaltungsrat vorhanden sind. Weiter hat Herr Schirp darauf hingewirkt, dass beide Geschlechter im zukünftigen Verwaltungsrat sowohl bei den ordentlichen als auch bei den stellvertretenden Mitgliedern mit mindestens vierzig v.H vertreten sind und dass maximal jeder dritte Platz auf der Vorschlagsliste mit einer/einem Beauftragten einer Arbeitgebervereinigung besetzt wird. Das Verfahren zur Festlegung der Reihenfolge der Sitze war insoweit vorgeprägt, als die Geschlechterverteilung und die Rolle einzelner Kandidatinnen und Kandidaten als Beauftragte von Arbeitgebervereinigungen besonders zu berücksichtigen war. Die verbleibenden Freiheitsgrade bei der Festlegung der Reihenfolge hat die Listenführerin dahingehend ausgefüllt, dass die Vorschläge der Mitgliedsorganisationen sowie der öffentlichen Arbeitgeber in wechselnder Reihenfolge berücksichtigt wurden.

Für den Fall des vorzeitigen Ausscheidens eines Mitgliedes des Selbstverwaltungsgremiums soll die Nachfolge gem. § 60 I und I a SGB IV unter Berücksichtigung der Geschlechterquote nach Möglichkeit von der Stellvertretungsliste benannt werden. Sofern dies nicht möglich ist, wird die Listenführerin die Institution, welche das ausscheidende Mitglied benannt hatte, um einen Ersatzvorschlag bitten. Sofern ein solcher Vorschlag nicht erfolgen sollte, wird die Listenführerin weitere Institutionen um Vorschläge bitten und bei der Nachbenennung auf ein ausgewogenes Verhältnis der Bereiche Industrie, Dienstleistung, Handwerk und öffentliche Arbeitgeber im Gremium achten.

Berlin, 15.11.2022

VEREINIGUNG DER UNTERNEHMENSVERBÄNDE  
IN BERLIN UND BRANDENBURG E.V.  
Die Geschäftsführung



(Amsinck)



(Schirp)